

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

29 (12.4.1947)



BADENER TAGBLATT

Er erscheint mittwochs und samstags - Bezugspreis: Monatlich 1.20 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 2 RM
Geschäftsstelle Böh/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 752
Anschriß: Baden-Baden, Stefaniestraße 3 - Fernruf Verlag 15 54, Schriftleitung 21 20, Postcheck Karlsruhe 14 137
Geschäftsstelle Achern/Bd.: Hauptstraße 112

Nr 29 / 3. JAHRGANG St BADEN-BADEN, SAMSTAG, DEN 12. APRIL 1947 PREIS 15 PFENNIG

Verbotene Briefmarken

Handel, Tausch und Zurschaustellung strafbar
BADEN-BADEN — Der alliierte Kontrollrat in Berlin hat auf seiner 56. Sitzung das Gesetz Nr. 43 verabschiedet. Das Gesetz trat am 10. April in Kraft und schreibt vor, daß sämtliche ungestempelte Briefmarkenbestände aus der Zeit vor der Besetzung Deutschlands zu vernichten sind. Von der Vernichtung ausgenommen bleiben die ungestempelten Briefmarken der Weimarer Republik, sofern es sich nicht um Bestände handelt, die auf Wasserzeichen-Papier mit dem Hakenkreuz-Symbol gedruckt sind. Unter das Gesetz fallen alle Bestände an ungebrauchten Briefmarken, die sich noch im Besitz von Postanstalten, Post-Hilfsstellen und Postagenturen sowie in der Berliner Staatsdruckerei befinden. Ferner sind sämtliche Druckstöcke, Gußformen und Klischees, die zur Herstellung derartiger Briefmarken verwendet wurden sowie noch vorhandene Bestände an Wasserzeichen-Papier, das mit dem Hakenkreuz oder sonstigen nationalsozialistischen Symbolen oder Zeichen versehen ist zu vernichten. Der Erwerb, Kauf und Verkauf, der Tausch sowie die Zurschaustellung der unter das Gesetz fallenden Briefmarken ist untersagt. Verstöße gegen das Gesetz oder Versuche zur Umgehung desselben werden mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 500 000 Mark oder mit beiden Strafen bedroht.

Helgoland an UN-Streitkräfte?

LONDON — In einem in der Londoner Zeitung "Times" veröffentlichten Brief wird vorgeschlagen, die Insel Helgoland mit den kurz vor der Zerstörung stehenden Befestigungen den internationalen Streitkräften der UN als Stützpunkt zur Verfügung zu stellen. „Mit ihren unterirdischen Magazinen, Hallen und U-Bootbunkern ist sie ein so sicherer Schutz — selbst gegen die Atombombe —, wie ihn der Erfindergeist nur ausdenken kann und ihre Lage ist einzigartig dazu geeignet, Europa zu überwachen“, heißt es in dem Brief.

Franszösische Zone versorgt Berlin

BADEN-BADEN — Die Berliner Zeitung „Der Sozialdemokrat“ berichtet über die Versorgung des französischen Sektors von Berlin: 10 000 Paar Leder- und Stoffschuhe sind aus der französischen Zone eingetroffen. Mit einer weiteren Anfuhr ist unmittelbar nach Ostern zu rechnen, wie der Magistrat mitteilt. Außerdem kamen aus der französischen Zone für die Bezirke Wedding und Reinickendorf einige tausend leichte Damen- und Kinderkleider, je etwa 1000 Oberhemden und Trägerröcke sowie 40 000 m Textilstoffe an.

Suezkanal soll ägyptischer Besitz werden

KAIRO — „Die ägyptische Regierung wird die Rückgabe der von der britischen Regierung verwahrten Suezkanalaktien im Rahmen der Abzahlung der englischen Schulden an Ägypten verlangen“, erklärte der ägyptische Finanzminister, der hinzufügte, daß die ägyptische Regierung auch die Übergabe der Aktien der verschiedenen englischen und anderen ausländischen Gesellschaften an Ägypten verlangen werde, von denen die englische Regierung einen großen Teil besitzt.

Neuer Terrorakt in Jerusalem

JERUSALEM — Die Gruppe Stern nimmt die Verantwortung für den Überfall auf zwei britische Polizisten, von denen der eine getötet, der andere schwer verletzt wurde, für sich in Anspruch. Dieser Mord wurde als Vergeltungsmaßnahme dafür begangen, daß ein Jude von einer britischen Streife erschossen wurde.

Jerusalem lehnt das Gesuch um Begnadigung des zum Tode verurteilten Terroristen Grüner ab

JERUSALEM — Der Staatsgerichtshof von Jerusalem lehnte das Gesuch um Begnadigung des zum Tode verurteilten Terroristen Grüner ab.

Rechtsruck in Japan

TOKIO — In Japan fanden die Wahlen von 38 Provinzgouverneuren sowie der Bürgermeister in den Städten und Ortschaften statt. Charakteristisch für diese erste Reihe von Wahlen, denen weitere folgen werden, bis am 20. und 23. April der Wahl der Räte der Höhepunkt erreicht sein wird, ist der einwandfreie starke Rechtsruck, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und der nach der Neuorientierung und Festigung der amerikanischen Außenpolitik unter den derzeitigen Umständen sehr bezeichnend ist.

„Sülze“ am Hamburger Schwarzmarkt

HAMBURG — Fast 30 Zentner „Sülze“, die sich bei genauer Prüfung als Hundefutter erwies, verkaufte ein Händler aus Altona, der festgenommen wurde, auf dem Schwarzmarkt mit einem Gewinn von 60 000 Mark. Der Mann hatte sich, wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, seit Dezember 1946 „für ein paar Zigaretten“ mindestens 14 Zentner Abfallfleisch — Pansen, Därme und Gebärmutter — vom Schlachthof besorgt und daraus etwa die doppelte Menge Sülze hergestellt.

Dr. Schacht kritisiert die Anklage

Eröffnung des Spruchkammerverfahrens gegen den letzten Nürnberger Hauptangeklagten

STUTT GART — In Stuttgart-Untertürkheim begann am Mittwoch vormittag die Spruchkammerverhandlung gegen Dr. Hjalmar Schacht, den letzten der Nürnberger Freigesprochenen. Jupiterlampen und Wochenschaukameras, deutsche und internationale Presse, Bildberichterstatter, alliierte Zuhörer und ein interessiertes Publikum schufen das bekannte Bild der großen politischen Prozesse. Dr. Schacht, im dunklen Anzug mit dem bekannten steifen Kragen, war oder schien durchaus guter Dinge. Er lächelte, plauderte mit seinem Verteidiger oder stellte sich leicht amüsiert dem Kreuzfeuer der Kameras. Im Verlauf der Verlesung der Anklage wurde er bei der detaillierten Belegung Beschuldigung pronazistischer Haltung und Handlungsweise indessen aufmerksam und ernster, nur gelegentlich einen Blick zu seiner Frau schweifend lassend, die sich unter dem Publikum befand. Während seiner Ausführungen war seine Diktion vielfach von leiser Ironie durchsetzt. Nach der Verlesung der Anklageschrift erhielt Dr. Schacht Gelegenheit, sich zur Klage zu äußern. „Ich habe mitten im Nationalsozialismus gestanden“, erklärte er. „Das Verfahren werde den schlüssigen Beweis dafür geben, so fuhr er fort, daß es stets Widerstand von innen heraus geleistet habe. Nachdem er die Klage als inkonsistent bezeichnet hatte, wies Dr. Schacht darauf hin, daß seine politischen Ziele die Erringung der politischen Gleichberechtigung Deutschlands und die Erhaltung der Lebensmöglichkeiten des deutschen

Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet gewesen seien. Er habe nie behauptet, an Stelle von Heilficher der Erfinder der Rentenmark gewesen zu sein, nehme jedoch das ihm in der Klageschrift eingeräumte Verdienst an der Marktstabilisierung dankbar entgegen. Seine Uneigennützigkeit im öffentlichen Dienst bemühte sich Dr. Schacht dadurch zu beweisen, daß er auf seinen Wechsel vom hochbezahlten Großbankdirektor zum Währungskommissar mit nur 400 RM Monatsgehalt hinwies. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen machte Dr. Schacht u. a. dem ehem. Reichskanzler Brüning den Vorwurf, ihn in seinem Kampf gegen die Reparationsschuld des 1. Weltkrieges desavouiert und ebensowenig unterstützt zu haben, wie bei seinem Vorschlag, Hitler im Jahre 1931 durch Eintritt in die Regierung unter Kontrolle zu bringen. Nachdem Schacht dem öffentlichen Kläger außerdem finanztechnische Unkenntnis vorgeworfen hatte, protestierte dieser, daß Schacht keine Äußerung zur Klage tue, vielmehr Kritik an Persönlichkeiten wie Brüning, aber auch dem öffentlichen Kläger und der Klage selbst übe. Er beantragte, den Betroffenen nicht frei reden zu lassen, sondern ihn richtigerlich zu vernehmen und außerdem zur Sachlichkeit anzuhalten. Es wurde jedoch dahingehend entschieden, daß Schacht frei weiter sprechen dürfe, worauf keine Unterbrechung mehr erfolgte. Der Vorsitzende hatte außerdem darauf hingewiesen, daß man auch Schacht eine gewisse Freiheit lassen müsse, da die Klage ebenfalls nicht durchweg sachlich abgefaßt sei.

Um Deutschlands Ostgrenze

Grenzziehung im Osten nicht mehr rückgängig zu machen?

MOSKAU — Über die Grenzen Deutschlands haben die vier in Moskau versammelten Außenminister heute zum ersten Male diskutiert, und zwar handelte es sich dabei um das Problem der Ostgrenze. Über die anderen Grenzen wird anschließend verhandelt werden. Die Debatte über die Ostgrenze Deutschlands läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Nach der Ansicht der Angelsachsen würde Deutschland, wenn es seine heute von den Polen verwalteten Gebiete verlore, ein zu industrialisierter Staat werden, der automatisch zu einer neuerlichen Bedrohung für die angrenzenden Staaten werden müßte. Deshalb will man Polen bestimmte landwirtschaftliche Provinzen wieder abnehmen. Bidault sieht die Gefahr genau so wie Marshall und Bevin. Aber die Lösung muß seiner Meinung nach in einer anderen Richtung gesucht werden. Da die Grenzziehung im Osten nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, geht es darum, zu verhindern, daß Deutschland ein zu industrialisierter Staat wird.

Bekanntlich haben die drei Großen seinerzeit in Potsdam beschlossen, einen Teil des ehemaligen Ostpreußens, vor allem die Stadt und den Hafen Königsberg, den Russen, und das restliche Ost- und Westpreußen sowie Teile von Pommern und Schlesien der polnischen Verwaltung zu übergeben. Wurde damit die deutsche Ostgrenze endgültig festgelegt?

Ja, behaupten die Russen, und Außenminister Molotow hat jetzt sehr ernste Argumente vorgebracht, um diese These zu stützen. In Potsdam wurde der Beschluß gefaßt, die deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten nach Deutschland zu überführen, und auf Grund dieses Beschlusses wurden bereits über fünf Millionen Deutsche ausgewiesen und ungefähr fünf Millionen Polen an ihrer Stelle angesiedelt.

Hat überdies Präsident Truman nach seiner Rückkehr aus Potsdam diese Maßnahme nicht als ein Mittel bezeichnet, um Polen zu einer berechtigten Kompensation zu verheifen, wobei er den Wunsch aussprach, daß Polen dadurch ein wirtschaftlich und politisch lebensfähiges Land würde?

Nein, erwidern die Angelsachsen, denn in Potsdam war nur von der Verwaltung die Rede, und im Protokoll wurde ausdrücklich erwähnt, daß die endgültigen Grenzen erst von der Friedenskonferenz festgelegt werden würden.

Frankreich hat an der Konferenz in Yalta und in Potsdam nicht teilgenommen und hat infolgedessen, wie Außenminister Bidault wiederholt festgestellt hatte, keinen Grund, Texte zu interpretieren.

Furcht vor einem überbevölkerten Deutschland

Die Diskussion um Deutschlands Ostgrenze ist sehr interessant, aber sie kommt zu spät. Juristisch haben vielleicht die Angelsachsen recht, aber Molotow sieht dafür auf dem Boden der Tatsachen. Es bleibt also nur noch übrig, nach praktischen Lösungen zu suchen.

Zwei Vorschläge wurden vorgebracht, der eine von General Marshall und der andere von Außenminister Bidault. Für Staatssekretär Marshall geht es darum, daß die neuen Grenzen Polen für den Verlust der an die Russen abgetretenen Gebiete östlich der Curzon-Linie entschädigen sollen. Aber es handelt sich nicht um zu wissen, welche Gebiete Polen wirklich nötig hat. Es darf schließlich nicht außer Acht gelassen werden, daß Deutschland vor dem Kriege ein Fünftel seines Lebensmittelbedarfs aus dem Ausland einfuhrte und ein weiteres Fünftel aus den von den Polen besetzten Gebieten bezog. Wenn die provisorischen Grenzen endgültig werden, muß Deutschland die Produkte, die ihm die verlorenen Provinzen lieferten, importieren. Das bedeutet, daß es noch stärker ein industrialisierter Staat werden muß als vor dem Krieg, und daß die 5 oder 6 Millionen deutschen Flüchtlinge aus dem Osten nur leben können, wenn sie eine Beschäftigung in der Industrie finden. Dieses industrialisierte Deutschland stellt eine große Gefahr dar. General Marshall hat bei diesem Anlaß an das kürzliche Exposé Bidaults über das so überaus beängstigende Problem Deutschlands erinnert. Staatssekretär Marshall schlägt aus diesem Grund vor, Polen lediglich den Süden Ostpreußens und Oberschlesien zuzuteilen, wobei festgelegt werden müsse, daß die Kohle und die übrigen industriellen Rohstoffe Oberschlesiens dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu dienen hätten.

Für die übrigen d. h. landwirtschaftlichen Ge-

biete sieht General Marshall eine Teilung zwischen Deutschland und Polen vor, wobei den tatsächlichen Bedürfnissen Polens, Deutschlands und Europas Bedingung getragen werden solle. Eine Sonderkommission soll mit dieser Frage beauftragt werden. Sie stünde unter der Aufsicht der Stellvertreter der vier Außenminister und würde außer den Vertretern der vier Großmächte Delegierte Polens sowie anderer alliierter Staaten umfassen.

Bevin hat sich im großen und ganzen den Ausführungen Marshalls angeschlossen. Im Jahre 1919 erklärte er, ist Polen im Osten zu weit gegangen, heute geht es im Westen zu weit. Er ist dafür, daß Schlesien polnisch wird, und daß Frankreich die Saar zugesprochen erhält. Aber was die übrigen Gebiete angeht, so verlangt er, daß bevor die Entscheidung getroffen wird, die Probleme einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden.

Auch Außenminister Bidault hat sich für ein gründliches Studium der Grenzfragen ausgesprochen. Aber er hält es im Hinblick auf die bereits vorgenommenen Transfers nicht für möglich, daß die Grenzziehung im Osten rückgängig gemacht werden kann. Man müßte sich zunächst über bestimmte grundsätzliche Fragen einigen, damit die Kommission dann nützliche Arbeit leisten könne. Dieser Kommission sollen auch die Vertreter der Tschechoslowakei, Belgiens, des Niederlande und Luxemburg angehören, d. h. die Vertreter aller Nachbarstaaten Deutschlands, die Ansprüche auf Grenzrückstellungen gestellt haben. Nach der Auffassung Bidaults gehört zu dem Problem der deutschen Grenze nicht nur die Saar-Frage, sondern auch die Frage der Ruhr und des Rheinlandes.

Kein Zechen-Essen für demonstrierende Bergarbeiter

Streikende sollen ihre Bergarbeiterpunkte verlieren

DÜSSELDORF — Streikende Bergarbeiter werden den gesamten Monatsanteil der Bergarbeiterpunkte automatisch verlieren, teilte North German Coal Control, die britische Kohlen-Kontrollstelle, mit.

Daß streikende Bergarbeiter auch keine Sonderverpflegung erhalten, erfuhren 8000 Bergleute in Duisburg und Hamborn, die an Demonstrationen in den beiden Städten teilnahmen. Als viele Bergarbeiter sich vor den Demonstrationen zum Empfang ihres Schwerarbeits-Frühstückes bei ihren Gruben meldeten, wurde ihnen gesagt, daß sie es nur bekommen, wenn sie zur Arbeit blieben. Auch nach den Demonstrationen versuchten Bergleute, ihre warme Mittagsmahlzeit zu bekommen

und wieder wurde ihnen erklärt, daß es eine Mahlzeit nur gäbe, wenn sie eine normale Acht-Stundenschicht am Nachmittag leisten würden. Die Bergarbeiter weigerten sich jedoch, die verstaubte Schicht nachzuholen und sie gingen heim, ohne zu essen und zu arbeiten. Die Gruben, in denen auf diese Weise nicht gearbeitet wurde, sind Neumühl, Thyssen 3/4, Thyssen 1/4, Westende, Beeckerwerth und Diergardt 3.

Dr. Adenauer zur Ernährungskatastrophe

BIELEFELD — Dr. Adenauer, der CDU-Vorsitzende in der britischen Zone, erklärte auf einer Wahlkundgebung in Bielefeld, es sei unmöglich, die Schuld an der augenblicklichen Ernährungskatastrophe deutschen Stellen zuzuschreiben. Diese Stellen hätten keine Macht in den Fragen des Imports erhalten, ohne Importe aber müsse das deutsche Volk hungern. Entgegen einer anderen Angabe von Minister Hynd in Edinburgh bestritt Adenauer, daß die deutsche Bevölkerung nach dem Zonenzusammenschluß besser versorgt sei. Die Not werde nicht weichen, solange man Deutschland nicht gestatte, zu produzieren, zu exportieren und seinen Bedarf im Auslande zu kaufen.

Verschöererprozeß in München

MÜNCHEN — In dem Prozeß gegen die vier ehemaligen SA-Führer, die beschuldigt werden, vor und nach dem 13. Juli 1946 in München die Errichtung einer geheimen Organisation diskutiert, geplant und durchgeführt zu haben, erklärte der Zeuge Hermann Flegler bei seiner Vernehmung vor dem obersten amerikanischen Militärgericht, das Ziel der nationalsozialistischen Untergrundorganisation, die sich „Deutsche Freiheits- und Friedensbewegung“ nannte, sei gewesen, eine Auseinandersetzung zwischen den östlichen und westlichen Alliierten auszunutzen und sich auf diejenige Seite zu stellen, die die größten Vorteile bieten würde. In den weiteren Aussagen schilderte der Zeuge die mehrteiligen Besprechungen über die geplante Untergrundbewegung, die in seiner Wohnung stattgefunden haben. Nach seinen Aussagen sollten in allen größeren Städten Gruppen von drei bis 10 Mann aus bewährten Nationalsozialisten gebildet werden. Fernerhin sei die Einrichtung von Ämtern für Nachrichtenwesen, Spionage, Propaganda und militärische Angelegenheiten vorgesehen gewesen. Die Angeklagten hätten außerdem die Einsetzung eines Ehrengerichtshofes beschlossen, von dem alle Personen, die zur Niederlage des Hitler-Regimes beigetragen haben, abgeurteilt werden sollten.

Palästina

LAKE SUCCES — Frankreich, die Vereinigten Staaten und Kuba haben nach anderen Staaten dem Generalsekretär der UN mitgeteilt, daß sie bereit wären, an der Sondersitzung der Versammlung teilzunehmen, in deren Verlauf die Palästina-Frage erörtert werden soll. Sobald die Mehrzahl der Mitglieder bejahend geantwortet haben wird, muß der Generalsekretär die offizielle Einberufung der Versammlung innerhalb der zwei darauffolgenden Wochen vornehmen.

Als Palästina nach dem ersten Weltkrieg zu einem krankhaften Punkt des Empires wurde, zählte es nach damaliger Schätzung etwa 750 000 Einwohner, darunter etwa 500 000 Mohammedaner und rund 85 000 Juden. So klein dieses Land ist, steht es doch im Mittelpunkt des Weltinteresses, seit der Völkerbund das Palästina-Mandat an Großbritannien übertrug, und es ist stets eins der schwierigsten Probleme für die verantwortlichen Männer in London gewesen. Mit Beendigung des zweiten Weltkrieges ist es nicht anders geworden. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Unruhen gemeldet werden. Nunmehr gehen die ständigen teilweise sehr schweren Zwischenfälle und Zusammenstöße von den jüdischen Terrorgruppen aus.

Seit im ersten Weltkrieg der britische Außenminister Balfour im Namen der britischen Regierung an Lord Rothschild einen Brief richtete, in dem er die englische Bereitschaft zur Errichtung eines „jüdischen Nationalheims“ in Palästina erklärte, seit dieser bekannten Balfour-Deklaration hat die zionistische Bewegung einen außerordentlichen Auftrieb erfahren. Je mehr Zeit verstrich, desto nachdrücklicher bestand der Zionismus auf Erfüllung des Versprechens. Außenpolitisch war diese Deklaration während des ersten Weltkrieges ein geschickter Schachzug, denn England verpflichtete sich dadurch in seinem Existenzkampf das Judentum, weil das Versprechen mit einer englischen Niederlage seinen Sinn verloren hätte.

Es ist vor dem zweiten Weltkrieg zwischen den verantwortlichen Männern in London und den Zionisten zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die von gewaltsamen Ereignissen in Palästina begleitet waren. Die extremen Zionisten forderten schließlich offene Gewalt, um die Erfüllung des Versprechens durchzusetzen. Demgegenüber hat der bis zum zweiten Weltkrieg unbestrittene Führer des Zionismus Chaim Weizmann in enger Anlehnung an die Mandatsmacht stets eine vermittelnde Politik vertreten. Im Grundsätzlichen war auch er freilich unausweichlich, und den Engländern lag daran, sich mit dem Zionismus nicht zu überwerfen. Ihnen war es auch vor allem darum zu tun, eine Abwanderung des Büros der „Jewish Agency“ von London nach Newyork zu verhindern.

England konnte vom Standpunkt seiner Empire-Politik niemals radikalen zionistischen Forderungen nachgeben. Doch nicht minder schwerwiegend war von Anbeginn der Widerstand des Arabertums. Seit Hussein von Mekka im Bund mit England im ersten Weltkrieg die Fahne der Empörung wider den Sultan von Konstantinopel aufplanzte, hoffen die Araber auf ein gesamtarabisches Reich. Einen jüdischen Staat Palästina sehen sie als einen unerträglichen Schlag gegen ihre eigenen Hoffnungen an. Sie fordern ein arabisches Palästina auf Grund der Tatsache, daß sie noch heute die Mehrheit im Lande haben.

Mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges war Palästina noch immer eine lastende Hypothek auf dem Empire, und alle Versuche, zu einem Vergleich mit den fordernden Parteien zu kommen, gingen nach hinten los. Christentum, Judentum und Mohammedaner besitzen in Palästina Stätten religiöser Erinnerung und Verehrung. Mehrfach schlugen die Engländer Teilungen Palästinas vor in einen jüdischen und einen arabischen Bezirk vor in einer besonderen Regelung für die heiligen Stätten des Christentums. Inzwischen war die Zahl der jüdischen Einwohner in Palästina durch legale und illegale Einwanderung ständig gestiegen. Reiche arabische Grundbesitzer verkauften große Ländereien an eingewanderte Zionisten. Die Zahl der in Palästina nach vorliegenden Berichten seit Ende des ersten Weltkrieges eingewanderten Juden hat eine halbe Million überschritten. Hunderttausende warten darauf, nach Palästina hereingelassen zu werden.

So ist es nicht erstaunlich, daß auf der ersten Tagung des Zionismus nach diesem Kriege in Basel die Frage Palästina im Mittelpunkt der Erörterungen stand und zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Der Basler Kongreß lehnte das Vorgehen der jüdischen Terrorgruppen in Palästina ab, deren Betätigung seit geraumer Zeit zu schwebenden Spannungen geführt hat. Doch ist damit nicht gesagt, daß der Zionismus etwa weniger nachdrücklich als vor dem Kriege die jüdischen Forderungen gegenüber der Mandatsmacht vertreten hätte. Im Gegenteil, die Zionisten fordern, daß endlich reiner Tisch gemacht werde. Chaim Weizmann, dem bisher unbestrittenen Führer des Zionismus, wurde vorgeworfen, daß seiner Kompromisspolitik der Erfolg versagt geblieben sei, und er fand in Basel nicht mehr genügende Gefolgschaft. Damit schoben sich die amerikanischen Zionisten stärker in den Vordergrund.

Was soll nun werden? Kritiker an der britischen Palästina-Politik machen London zum Vorwurf, daß es an einer endgültigen Lösung kein Interesse habe, um selbst die Hand in Palästina behalten zu können. Doch soll man nicht glauben, daß den verantwortlichen Männern die derzeitige Lage in Palästina etwa angenehm wäre, und daß sie nicht alles versuchen werden, hier Wandel zu schaffen. Die Ausschreitungen der jüdischen Terroristen haben die englische Sympathie für den Zionismus allerdings nicht gestärkt. Doch stellt nach zweieinhalb Jahrzehnten jüdischer Einwanderung der Zionismus in Palästina eine beträchtliche Macht dar, der sich auch auf bemerkenswerte Kulturleistungen im Lande berufen kann. Hinzu kommt, daß die Frage weiterer jüdischer Einwanderung nach den Ereignissen des letzten Krieges geradezu brennend geworden ist. Doch ist das Arabertum weiterhin ein kaum zu überwindendes Hindernis für die Schaffung eines jüdischen Gesamtstaates Palästina, und die Engländer haben ihren Standpunkt noch nicht korrigiert, daß ein rein jüdischer Staat Palästina weit über die in der Balfour-Deklaration gemachten Zusagen hinausgeht.

Bomben auf griechische Aufständische

Regierungstruppen nur 170 000 Mann stark

ATHEN — 60 000 Mann griechische Regierungstruppen setzten nach Ostern die Frühjahrsoffensive gegen die annähernd 15 000 Mann starken Aufständischen in den Bergen Zentral- und Nordgriechenlands fort. Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte ist der 56jährige General Yantzia. In einem vom Hauptquartier der griechischen Regierungstruppen herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß nur geringer Widerstand vorgefunden wurde. Ein Mitglied des griechischen Generalstabes erklärte, das erste sei die Einkesselung des Feindes. An der Ostküste des Ägäischen Meeres wurden im Zusammenwirken zwischen der griechischen Flotte und der Armee Landungen vorgenommen. Griechische Luftstreitkräfte griffen das Hauptquartier der Aufständischen in Thessalien mit Bomben an.

Der griechischen Regierung stehen zur Zeit an Armeen und Gendarmereiverbindungen insgesamt nur 170 000 Mann zur Verfügung. Ein Teil dieser Truppen ist völlig unausgebildet. Der Befehlshaber der Nordarmee, General Yantzia, richtete an seine Truppen einen Tagesbefehl, worin er sie auffordert, in

Griechenland die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Flugzeuge der Regierung haben über Mazedonien und Thessalien Auftritte abgeworfen, in denen die Partisanen aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen. Die friedlichen Bewohner werden in diesen Flugblättern aufgefordert, den Regierungstruppen militärische Nachrichten zukommen zu lassen und sich im Übrigen von den Kampfhandlungen möglichst fernzuhalten.

Bürgerkrieg in China

NANKING — Der chinesische Informationsminister, Peng Hsueh Pei, erklärte, daß sich die kommunistischen Truppen nach dem Fall der Stadt Taijüanfu in Richtung auf das Gebirgsland von Schantung zurückziehen. Der Minister fügte hinzu, das gesamte Gebiet westlich der Eisenbahnstrecke Tientsin-Nanking und südlich des Gelben Flusses sei von kommunistischen Truppen gesäubert. Weiter bestätigte der Minister die Einnahme von Yeng Schang im Erdölzentrum von Seheusi durch die Regierungstruppen.

Abbau der Zolltarife

Die Arbeitsziele der Genfer Welthandelskonferenz

GENEVE — Am 10. April haben in Genf die Arbeiten des Ausschusses für die Vorbereitung der Internationalen Konferenz für Handels- und Beschäftigungsfragen begonnen. 17 Länder nehmen an dieser Konferenz teil. Es ist anzunehmen, daß sie sich über 2 bis 3 Monate erstrecken wird. Die Konferenz soll eine sogenannte „Charta“ für den internationalen Handel ausarbeiten.

Im ersten Monat wird über die Möglichkeiten verhandelt werden, eine Herabsetzung der Zölle zu erreichen. Diese sollen streng geheim durchgeführt werden, um sie nicht durch Propagandafeldzüge und Strömungen der öffentlichen Meinung ungünstig zu beeinflussen. Etwa am 10. oder 15. Mai wird dann die Ausarbeitung der Charta begonnen werden.

Das Hauptbestreben der Konferenz richtet sich auf die teilweise oder etappenweise Aufhebung der Wirtschaftsentkennung. Es soll weiter versucht werden, einen allgemeinen Handels- und Zahlungsumlauf in Gang zu bringen.

Frankreichs Standpunkt

Wie hierzu aus Paris berichtet wird, steht Frankreich einer Förderung des Handelsverkehrs und der Einführung eines auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Handels- und Zahlungssystems selbstverständlich günstig gegenüber. Dagegen lehnt Frankreich jedes System ab, das den Handel und das Wirtschaftsleben durch die Bildung

sich feindlich gegenüberstehender Blocs in Mitleid bringen könnte. Schließlich verlangt Frankreich noch, daß diejenigen Länder, deren Industrie durch den Krieg besonders hart mitgenommen worden ist, in den Genuß einer provisorischen Sonderklausel kommen, in der die Zeit berücksichtigt wird, die diese Länder unbedingt benötigen, um ihre Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Das von der Genfer Konferenz angestrebte allgemeine Abkommen soll an die Stelle aller derjenigen Handelsverträge treten, die bis heute zwischen den Mitgliedsstaaten des Konferenzausschusses bestehen. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß die durch vielen Seiten gleichzeitig geführten Verhandlungen mit einer Vereinbarung abgeschlossen werden, die nicht weniger als 17 verschiedene Zolltarife erfassen soll, das heißt einen Tarif für jede der den Endvertrag unterzeichnenden Parteien: Australien, Belgisch-holländische-luxemburgische Zollunion, Belgisch-Kongo und Niederländische Überseegebiete, Brasilien, Kanada, Chile, China, Kuba, Tschechoslowakei, Frankreich und seine Überseegebiete, Indien, Neuseeland, Norwegen, Syrisch-Libanesisches Zollunion, Südafrikanische Union, Großbritannien und seine überseeischen Besitzungen, Vereinigte Staaten.

Jedes derartige Abkommen unterzeichnende Land könnte sich künftig auf die im Abkommen erwähnten Zolltarife und Preissätze berufen.

Kommunistenführer der Verschwörung beschuldigt

Strafverfahren vom Kongreßausschuß für antiamerikanische Betätigung beantragt

WASHINGTON — Der Generalsekretär der amerikanischen kommunistischen Partei, Eugen Dennis, ist trotz ausdrücklicher Aufforderung des Kongreßausschusses nicht vor dem Kongreßausschuß für antiamerikanische Betätigung erschienen.

Dennis übermittelte dem Ausschuß durch seinen Rechtsanwalt eine Erklärung, in der er ein Erscheinen ablehnt und erklärt, der Ausschuß habe gesetzlich nicht das Recht, einen Zeugen zum Erscheinen zu beordern. Der Ausschuß beschloß daraufhin einstimmig, wegen Nichterscheins und wegen Verschwörung ein Verfahren gegen Dennis, Gerhardt Eisler und Leon Josephson einzuleiten. Auch Eisler und Josephson, zwei führende Kommunisten, haben sich zuvor geweigert, vor dem Ausschuß zu erscheinen und Aufschluß über die Arbeit der Kommunisten in den Vereinigten Staaten zu geben.

Keine kommunistischen Offiziere in USA

WASHINGTON — Die Ausmerzungen aller Offiziere, die zum Kommunismus hingenäht, aus der amerikanischen Armee wurde von dem ameri-

kanischen Kriegsminister Patterson vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses bekannt gegeben.

Beabsichtigtes Verbot der KP in Kanada

OTTAWA — Das kanadische Parlament hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, der das „Verbot“ der kommunistischen Partei, die in Kanada „fortschrittliche Arbeiterpartei“ heißt, vorsieht. In dem Gesetzentwurf wird die Partei als „Gefahr für die Sicherheit des Staates“ bezeichnet. Die Annahme des Gesetzentwurfs in erster Lesung besagt nicht, daß er endgültig angenommen werden wird.

Drei neue Weißbücher in London

LONDON — Der Wortlaut der internationalen Abkommen von Teheran (Dezember 1943), Berlin (Juli 1945) und Jalta (Februar 1945) wurde vom britischen Außenministerium in Form von Weißbüchern veröffentlicht.

Amerika-Eindrücke des Kardinals Preysing

Zusammengehörigkeit der Christen aller Länder

BERLIN — Kardinal von Preysing äußerte sich vor der Berliner Presse sehr befriedigt über seine Amerikareise und die in den Vereinigten Staaten empfangenen Eindrücke. Er betonte dabei nochmals den völlig unpolitischen Charakter der Reise, die in erster Linie der Fühlungnahme mit den amerikanischen Katholiken galt, denen er den Dank des deutschen Volkes für die schon bisher erwiesene karitative Hilfe überbrachte. In den sechs Wochen seiner Abwesenheit habe er fast den ganzen nordamerikanischen Kontinent zwischen New York, Chicago, San Francisco und New Orleans bereist und dabei in zahllosen Reden und Empfängen Verständnis für die deutsche Not und für das andere Deutschland wecken können, das sich niemals der nationalsozialistischen Ideologie gebeugt habe. Besonders herzlich und eindrucksvoll seien die Empfänge in den Orten gewesen, in denen das deutsche Element stärker vertreten ist, wie in New York, Cincinnati, Milwaukee, Buffalo, St. Louis und St. Paul. In New York, Chicago und San Francisco habe der Kardinal besonders schöne Stunden bei den Gesellenvereinen erlebt. Nirgends sei er auf eine feindselige Stimmung, wohl aber überall auf Sympathie und Hilfsbereitschaft gestoßen.

Über das religiöse Leben unter den amerikanischen Katholiken äußerte sich der Berliner Kardinal außerordentlich anerkennend. Besonderen Eindruck habe auf den deutschen Kirchenfürsten die vorbildliche Toleranz unter der amerikanischen Bevölkerung, die eine antichristliche Strömung kaum kennt, sowie das vorzügliche katholische Schulwesen der Vereinigten Staaten gemacht, das der dortige katholische Volksteil — in den USA leben etwa 30 bis 40 Millionen Katholiken — in erster Linie seine Stärke und Bedeutung verdankt. Der Plan der großen katholischen Organisationen, durch Sammelaktionen während der Fastenzeit fünf Millionen Dollar für die Europahilfe aufzubringen, sei schon durch die bisherigen Ergebnisse

übertraffen worden. Kardinal Preysing, der unter anderem mit drei amerikanischen Kardinalen, zahlreichen Erzbischöfen und Bischöfen Fühlung nahm und über die religiösen und karitativen Fragen sprechen konnte, besitzt einen starken Eindruck von der außerordentlichen Hilfsbereitschaft, die er nicht nur in den großen karitativen Organisationen des Landes, sondern auch im privaten Leben angetroffen hat und die sich als lebendiger Ausdruck der Zusammengehörigkeit der Christen aller Länder auch in Zukunft in Europa und auch in Deutschland nicht minder auswirken und für die Befriedung der Welt arbeiten wird.

Eine Spende der USA-Katholiken

FREIBURG — Die Katholiken der Vereinigten Staaten haben den Diözesen in der französischen Zone Deutschlands fünf Lastkraftwagen und einen Krankenwagen geschenkt. Die Wagen wurden am Palmsonntag von dem Direktor des Hilfswerkes der „National Catholic Welfare Conference“ in der französischen Zone vor dem Freiburger Münster dem Erzbischof übergeben. Die Diözesen Freiburg, Rottenburg, Speyer, Mainz und Trier erhalten je einen der Lastwagen. Der Krankenwagen bleibt in Freiburg, um die Krankenambulanz zu erleichtern.

Appell der Evangelischen Kirche an die UNO

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat an die Alliierten Kontrollrat und an die UNO eine Eingabe gerichtet, in der er für eine gerechte Lösung der deutschen Ostfrage eintritt. „Es ist uns oft versichert worden“, so heißt es in dieser Erklärung, „daß es nicht die Absicht der Alliierten Mächte sei, das deutsche Volk dem dauernden Elend preiszugeben. Im Vertrauen auf diese Zusätze bitten wir als die Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands die beteiligten Regierungen, dieser drohenden Gefahr im Geist der Menschlichkeit zu begegnen, bevor es zu spät ist.“ (epd.)

Meldungen vom Tage

KÖLN — Plakate, die gegen Lebensmittelknappheit und die unnötige Beschlagnahme von Häusern protestieren, wurden in Euskirchen, einem Vorort von Köln, angeschlagen. Auch in einer Reihe von Ruhrstädten erschienen Beschriftungen und Plakate an den Mauern mit den Aufschriften „Wir verhungern, wir haben kein Brot“.

DUSSELDORF — Der Holzschlag in den Wäldern der britischen Zone hat dazu geführt, daß Holz für die Herstellung von Möbeln in den nächsten Jahrzehnten nicht ausreichend vorhanden sein wird. Das nordrhein-westfälische Wiederaufbau-Ministerium hat deshalb einen Wettbewerb angeregt, Ersatzstoffe für Möbelholz zu finden.

HAMBURG — Der britische Staatsminister für die Kontrolle Deutschlands und Österreichs, Hynd, ist mit dem Flugzeug in der britischen Besatzungszone Deutschlands eingetroffen. Während seines Aufenthaltes wird der Minister Düsseldorf, das Ruhrgebiet und Schleswig-Holstein besuchen.

ULM — Eine Zentralstelle für Paketsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien wurde vom christlichen Verein junger Männer in Ulm für alle vier Zonen eingerichtet. Die etwa 80 täglich eingehenden Pakete werden in Ulm einer Kommission des Schweizer CVJM übergeben, welche diese zunächst nach Belgrad weiterleitet. Von dort werden sie auf die Lager in Jugoslawien aufgeteilt. Zur Unterstützung der aus der Sowjetunion heimkehrenden Kriegsgefangenen wird in diesen Tagen von Ulm außerdem ein Wagen mit Spenden für das Durchgangslager in Frankfurt/ODR abgehen.

GENEVE — Vom 14. bis 26. April werden Delegierte aus 50 Staaten eine Weltkonferenz vorbereiten, durch die der internationale Reiseverkehr erleichtert werden soll. Zwischen Frankreich und England ist der Visazwang bereits aufgehoben worden.

LONDON — Der Entdecker des Penicillins, Alexander Fleming, wird zu einem Besuch in Wien, Graz und Innsbruck erwartet.

ATHEN — Der russische Botschafter in Athen, Admiral Radjanow, ist in Begleitung von 4 Mitgliedern der Botschaft nach Moskau abgeflogen. Die restlichen

wi. BADEN-BADEN — Großbritannien besitzt einen fast vollständigen Satz der vom Reichspatentamt in Berlin während des Krieges angenommenen deutschen Patentschriften, die den Interessenten in der „Patent Office Library“ in London zur Einsicht zur Verfügung steht. Photostatische Abzüge können zum Preis von 6 sh je Seite bezogen werden. Das Amt gibt ferner noch ein alphabetisches Verzeichnis aller bis Ende Juli 1946 veröffentlichten Patentberichte unter dem Titel „Technical Index of Reports in German Industry“ heraus. Preis der Liste ist 5 sh 3 d.

Alle alten deutschen Patente und Warenzeichen, Gebrauchs- und Geschmacksmuster, die am 8. Mai 1945 rechtlich noch bestanden, bleiben, soweit sie nicht durch Zeitablauf erloschen sind, was seit dem 16. Januar 1942 bis auf weiteres nicht mehr der Fall ist, naturgemäß weiter in Kraft. Um neue Erfindungen zu sichern, bleibt durch die einstweilige Stilllegung des Reichspatentamtes, soweit nicht durch die Vier-Mächte-Kommission in Berlin W 35 Holzstraße im Gebäude des ehemals Kammergerichts, die für Deutschland mit der Wahrnehmung der Aufgaben des RPA beauftragt ist, etwas erreicht werden kann, nichts übrig, als die Erfindung nach Wesen und Zeit derart festzulegen (durch Zeugen oder Patentanwalt), daß

Dieselloil aus Schiefer

L. TÜBINGEN — Im letzten Weltkrieg hat man in Württemberg die Arbeiten zur Ölgewinnung aus Schiefer wieder aufgenommen. Man geht jetzt daran, diese devisensparende Rohstoffquelle mit rationelleren Verfahren besser auszunutzen. In den süd-württembergischen Kreisen Balingen, Tübingen, Hechingen und Rottwühl laufen die Ölschieferwerke auf vollen Touren. Ölhaltiger Posidonien-schiefer ist in großen Mengen vorhanden. Das daraus im Schmelzverfahren gewonnene Öl kann für Lanz-Bulldog-Schiefer und nach Destillation auch als Diesel-Treiböl verwendet werden. Versuche, die Abfallprodukte für die chemisch-pharmazeutische Industrie nutzbar zu machen, versprechen Erfolg, so daß die Ölschieferproduktion jetzt auch in finanzieller Hinsicht tragbar wäre.

Versuche mit neuem Kunstschiefer

KOBLENZ — Der Landesregierung in Koblenz wurden die ersten Proben eines neuen Kunstschiefers vorgelegt. Das Erzeugnis geht auf jahrelange Versuche mehrerer rheinischer Firmen zurück, nach denen die in den Schieferbrüchen anfallenden Abfälle gemahlen und dann im Verhältnis 1:1 mit einem Bindemittel zu Schiefer gepreßt werden. Das Ministerium für Wiederaufbau wird das Erzeugnis auf seine Haltbarkeit untersuchen und entsprechend dem Untersuchungsergebnis Bindemittel zur Verfügung stellen. Für die rheinische Schieferindustrie bedeutet die Verwendung des Schieferbruchs eine wesentliche Verbesserung ihrer Rentabilität, da sie bei Gewinnung des Naturschiefers mit 30-90 vH Haldenbruch rechnen muß, der nach dem neuen Verfahren verwendet werden könnte. Der Kunstschiefer soll den Preis des Naturschiefers nicht erreichen. Zur Zeit stellt man auch Versuche an, den Schiefer als Fußbodenbelag zu verwenden.

Prämien für Tabakpflanzer in der britischen Zone

hwg. HAMBURG — Während der Kleinanbau von Tabak in diesem Jahr in der britischen Zone auf 15 Pflanzen beschränkt werden soll, wird der Grosanbau nach Kräften gefördert werden. Allein im Regierungsbezirk Lüneburg werden etwa 500 Hektar Tabak gebaut; man erhofft von diesen Flächen eine Ernte von etwa 25 000 Zentnern. Durch den Grosanbau soll nicht nur die Rauchwarenversorgung gebessert werden, sondern man will damit zugleich auch Nikotin für pharmazeutische Zwecke und Pflanzenschutzmittel gewinnen. Um einen Anreiz zu bieten, sind für das laufende Anbaujahr Prämien in Form von zusätzlichen Kunstdünger-Zuweisungen (7,5 Zentner je Morgen Tabakanbaufläche) und in Form von Rauchtobak vorgesehen. Wer einen Zentner rauchreifen Tabak abliefern, erhält als Prämie 20 Päckchen Rauchtobak zu je 50 Gramm, oder die entsprechende Anzahl Zigaretten oder Zigarren zu steuerbegünstigten Preisen. Außerdem wird die Tabakanbaufläche als das Kartoffelanbauausoll angerechnet. Aus Fachkreisen verlautet dazu, daß durch diese Maßnahmen ohne Zweifel eine beträchtliche Steigerung der Tabakernte zu erwarten ist, daß man in der britischen Zone aber darüber hinaus Wert auf Tabakeinfuhr aus der französischen Zone legt. Ohne Lieferung heimischer Tabake aus Baden und der Pfalz wird der Bedarf der amerikanischen und britischen Zone nicht gedeckt werden können. Schließlich soll in der britischen Zone auch das Beispiel einer Berliner Firma in Erwägung gezogen werden, die unter der Bezeichnung „Deutscher Machorka“ geschnittene Tabakstängel in den Handel bringt, die nicht bewirtschaftet sind.

USA-Kohlenförderung nur 45 vH

WASHINGTON — Die amerikanische Kohlenförderung stieg auf 45 vH ihrer normalen Höhe. Der Leiter der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft John L. Lewis, wies die 400 000 in dieser Gewerkschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiter an, die Arbeit in jedem einzelnen Bergwerk wieder aufzunehmen, sobald es als den Sicherheits-

vorschriften genügend erklärt sei. Ein Sprecher der Bergwerks-Unternehmer bezeichnete diese Anweisungen von Lewis als eine „Täuschung“ und einen „ausweichenden Kniff“, der lediglich Bergleute von der Arbeit zurückhalten solle. Die Bundes-Bergwerksverwaltung gab bekannt, daß letzten Dienstag 1363 Bergwerke mit 107 738 Bergarbeitern in Tätigkeit waren und sich die Förderung an diesem Tag 100 000 t gegen einen normalen Tagesdurchschnitt von 2 Millionen erreichte. Nunmehr seien 1404 Kohlenbergwerke in den Vereinigten Staaten als den Sicherheitsvorschriften entsprechend erklärt worden.

Neue Kohleneinsparungen in Hamburg

HAMBURG — In Hamburg ist am 9. 4. erneut ein Stromsparprogramm angeordnet worden, das durch Ruhrestrik und Feiertage eine neue Stockung in der Kohlenzufuhr einsetzt. Täglich wird ein Drittel der Stadt mit Stromauschaltungen rechnen müssen.

Wirtschaft in Kürze

10 Millionen-Anteile im Saargebiet
Mit Genehmigung der Militärregierung hat die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke im Saarland eine 10 Mill.-Mark-Anteile aufgelegt, deren Zeichnung den Saarländern vorbehalten ist. Die Anteile ist zu 3 1/2 % verzinslich, wobei die Zinsen halbjährlich zur Auszahlung gelangen.

Sechs Hochöfen an der Saar

Auf der Halberger Hütte fand die Inbetriebnahme des ersten Hochofens statt. Damit wird das Saargebiet einen fünften Hochofen erhalten. Gleichzeitig teilt die Militärregierung mit, daß auch im Völklinger Werk in kurzer Zeit der 6. Hochofen hinzukommen wird.

Handelsabkommen Tschechoslowakei - Französische Zone

In Prag wurde ein Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und der französischen Zone abgeschlossen, wonach die Tschechoslowakei Saatkartoffeln liefern und dafür chemische Produkte erhalten wird.

Deutsches Baumwollgarn nach England

250 000 kg Baumwollgarn sollen in der britischen Zone aus ägyptischer Baumwolle, die bereits in deutschen Häfen ausgeladen wird, hergestellt und nach Großbritannien für die dortige Tuchindustrie geliefert werden.

Weizen zusätzlich für die englisch-amerikanische Zone
Das US-Landwirtschaftsministerium wird im April und Mai zusätzlich 120 000 t Weizen und Mehl in die englisch-amerikanische Zone liefern. Die Lieferungen werden nicht auf die für diesen Zeitraum festgesetzten Zuteilungsmengen angerechnet.

Concordia-Hütte arbeitet

Die Concordia-Hütte in Bendorf bei Koblenz, die vor dem Krieg bis zu 1000 Arbeiter beschäftigte, hat ihre Produktion wieder aufgenommen. Es sind wieder 400 Arbeiter und 50 Angestellte tätig. Die Erzeugnisse, vor allem Herde und Öfen, bleiben meist in der Zone. An die Fordwerke in Köln wird Autoguss als Kompensationsgut geliefert.

Offenbacher Handtaschen für die Anstuhr

Die Lederindustrie im Landkreis Offenbach hat in den letzten zwei Monaten Exportverträge über Lederwaren, vorwiegend Damenhandtaschen und Schmuckkästen, im Wert von 30 000 Dollars mit den Vereinigten Staaten und 6 anderen Ländern abgeschlossen. Die Lieferung von Schuhen ist nicht vorgesehen, weil diese für den deutschen Bedarf bleiben.

Italien vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch

Der italienische Premierminister erklärte, daß nur eine sofortige ausländische Hilfe das Land retten könne. Aus einem finanziellen Ruin würde nur eine neue Diktatur hervorgehen, die sich aus der dauernden Preissteigerung ergibt. Nur durch das Regierungsprogramm, das Steuererhöhungen, Preissteigerungen und Lohnstopp vorsieht, könne das Land durch die augenblicklichen schwierigen Zeiten gebracht werden.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung: Dr. H. F. Geiler.

Druck und Verlag Ernst Koelblin, Baden-Baden. Anzeigenteil: Anni Garling. — Bühler Geschäftsstelle Hauptstr. 88. Acherer Geschäftsstelle: Hauptstr. 112.



Weißer Sonntag

Ein herrlicher Sonntag im Zeichen der erwachenden Natur, dröhnendes Glockengeläut und festlich-frohe Kinder in weißer und dunkler Kleidung umgeben von den stolzen Eltern und Verwandten — das ist das äußere Antlitz des Tages, der in den Seelen vieler unvergesslich haften bleibt. Und dann die dunklen und erhabenen Hallen der Kirchen würdiger Rahmen des großen Ereignisses im Leben junger Menschen, die rein und gläubig im Lichte der Kerzen das große Wunder ahnen. Unschöne Stunden eines heiligen Brauchs, der so alt wie die Christenheit selbst ist. Zu allen Zeiten der Not und der Freude mit derselben Inbrunst und tiefen Glückseligkeit gefeiert, von den Völkern aller Zungen und Farben.

Wohl selten wird das Wunder des Glaubens so deutlich wie bei dieser Gelegenheit, wenn die Hostie dem Erlöser verkörpert. Jenen Heiland, der durch die Tiefen und Höhen eines menschlichen Daseins geschritten und durch unendliches Leid geläutert für diese Menschheit starb. Das Kreuz wurde sein Zeichen, in ihm fand sich die Stärke und Stütze des Heils, das schon so oft verkannt wurde. In seiner wahren Erkenntnis liegt der Friede für die Welt, für uns alle. Denken wir daran an diesem Tage, der den Menschen und die Natur gleichermaßen segnet in seiner jungen Schönheit. (3)

Wir gratulieren — Frau Dorothea Steurer, geb. Völker, Baden-Baden, Fremersbergstr. 67, feierte am 11. 4. 1947 in geistiger und körperlicher Frische ihren 80. Geburtstag.

80. Geburtstag und 50-jähriges Jubiläum. — Baumeister Paul Karl Geyer feiert heute nicht nur seinen 80. Geburtstag, er kann gleichzeitig auf das 50-jährige Bestehen seiner Firma zurückblicken.

Baumeister Geyer, der seit Jahren in Baden-Baden lebt, ist der Inhaber der Firma P. K. Geyer G. m. b. H., Bauunternehmung in Mannheim. Er begann seine Laufbahn als Maurerlehrling, besuchte nach seiner Lehrzeit die Bauschule in Weimar und trat dann in die Firma der Gebrüder Hoffmann ein, die ihren Sitz in Ludwigshafen hatte. Aus seinem ersten Auftrag wurden zehn, aus dem Bauführer Geyer wurde der Baumeister, der ohne Ruh und Rast arbeitete, sich dann aber während der Kriegsjahre nach Baden-Baden zurückzog, wo er heute in voller Gesundheit Geburtstag und Jubiläum im Hause Eckberg feiern kann. Wir gratulieren!

Dienstjubiläum. — Verw.-Sekretär Ferdinand Maier, Schafbergstraße 3, kann heute sein 25-jähriges Dienstjubiläum begehen. Seit einigen Jahren ist er bei der Stadtkasse beschäftigt, wo er seinen Dienst in vorbildlicher Weise versieht. Der Oberbürgermeister hat ihm Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Hörspiel „Leuchfeuer“ wird wiederholt. Am Dienstag, 15. April bringt der „Südwestfunk“ von 20.30—21.45 Uhr auf vielseitigen Wunsch eine Wiederholung des Hörspiels „Leuchfeuer“ von Robert Ardrey.

Was bringt der 17. April im Großen Bühnensaal? — Einen großen bunten Abend, veranstaltet vom Theater der Künstler von Film und Bühne am kommenden Donnerstag, jeweils 17.00 und 20.30 Uhr. Namhafte Künstler sehen und hören wir. U. a. Kammeränger Fritz Harlan, Nina v. Reitzenstein, die beliebte Primaballerina von der Scala Berlin, Otto Gerd Fischer, bekannt durch Rundfunk und Schallplatten, Dodo von Doeren bringt Chansons aus Filmen, die sie bekannt machten, die Filmliebling Leonore Kerré, welche im Rahmen des „20 Minuten-Film-Vorprogramms“ in der gesamten französischen Besatzungszone große Erfolge und Beliebtheit erntete. Als Gast vom Südwestfunk Horst Uhe. Das führende Bühnenschau-Orchester der nordfranzösischen Zone, Butz Jülich wird für den nötigen Rhythmus sorgen. Als Solisten wurden außerdem der Komponist Fritz Neuhoff und Kapellmeister Hans Neiss vom Stuttgarter Rundfunk verpflichtet. Die Conference übernimmt Peter Schwarz, Berlin.

Pferdesport-Saison beginnt am Sonntag. Am Sonntag, den 13. April findet in Baden-Oos in der Reithalle in den Kasernen ein Reit-Turnier statt. Veranstalter ist die Besatzungsmacht. Die Wettbewerbe werden vormittags von 9—12 und nachmittags von 14 bis 18 Uhr ausgetragen. Ein (markenloses) Buffet wird auch auf nicht nur pferdesportlich interessierte Zuschauer seine Anziehungskraft ausüben.

Generalversammlung des Tennis-Club „Rot-Weiß“. Am 1. April 1947 führte der heilige T.-C. eine überaus stark besuchte Generalversammlung im Bürgerausschulsaal des Rathauses durch.

Die Kassen- und Tätigkeitsberichte gaben Aufschluß über allererste Leistungen sowohl in sportlicher wie in finanzieller Weise. Hierbei war besonders zu berücksichtigen, daß es sich um das erste Sportjahr nach dem Zusammenbruch handelte, das in bezug auf Voraussetzung zur Neugründung, wie auch bezüglich Aufstellung einer Mannschaft, der sofort größere Aufgaben zufielen, gewaltige Anforderungen an die Club-Leitung stellte. Die Generalversammlung stellte unter entsprechender Würdigung das restlose Gelingen der im verflochtenen Jahre erzielten Leistungen fest.

Durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres veranlaßt, wurde der Direktionsausschuß von 5 auf 7 Mitglieder erhöht: Die Mitglieder Werner Hoffmann, Dr. Ertl, Dr. Hartmann, Wolfgang Hoffmann, Helmut Pfäffle und Kurt Walker sowie Frau Kretzer werden künftig den Bestimmungen der Besatzungsmacht gemäß, die Verantwortung des Clubs tragen. Die beiden erst Genannten teilen sich in die Leitung des Vereins. Die Versammlung billigte einstimmig diese Wahl.

Anschließend wurden die Ausschüsse für Turniere, Jugend und Vergnügen gebildet, wozu auch die Fragen über Spielplätze, Trainingsmöglichkeiten, vor allen Dingen aber über Ballbeschaffung erörtert.

Nicht lange wird es dauern, und die sportbegierigen Aktiven werden die drei westlich des Club-Hauses gelegenen Plätze an der Lichtentaler Allee zu ihrem täglichen Steidchen erwehlen, um Entspannung zu erleben. Körper und Geist zu stärken und sich auf kommende Turniertage vorzubereiten. —HCK—

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Leist Erwin, Frankfurt, 13325; Leistner, Ernst, Frankenthal, 13528; Pfützel, Heinrich, Käferthal, 12541; Wedel, Fritz, Dorningen, 13373; Zwick, Helmut, Schmalkalden, 13577; Baum, Werner, Trier, 13184; Dietsch, Adolf, Stuttgart, 13188; Dietrich, Erhard, Nürnberg, 13198; Giesubel, Rudolf, Würzburg, 13208; Hartmann, Otto, Frankfurt, 13207; Hartmann, Norbert, Aschaffenburg, 13113; Jungling, Martin, Wiesental, 13115; Keindl, Rudolf, München, 13129.

Einige lokale Notizen

Kulturelle Diskussionsabende

Mit Aufmerksamkeit wurde die Ankündigung des Kulturrates der Stadt Baden-Baden gelesen, wonach bald mit Diskussionsabenden begonnen werden soll. Diese Absicht des Kulturrates, der jetzt wieder eine sehenswerte Ausstellung von Werken des Malers Will Hensemann in den Räumen der Stadtgeschichtlichen Sammlungen eröffnet hat, wird lebhaft begrüßt. Denn das rege und weitläufige kulturelle Leben in unserer Heimatstadt hat — erfreulicherweise trotz aller materiellen Zeitnöte — einen großen Kreis der Bevölkerung in seinen Bann gezogen. Der Kulturrat betont, daß er Wert auf die Heranführung der Jugend an die Fragen der bildenden Kunst, der Musik und Dichtung, des Theaters, Films und Funks lege. Dieser Wunsch, sich mit den kommenden Diskussionsabenden ganz besonders an die heimische Jugend zu wenden, soll in jeder Weise und von allen maßgeblichen Stellen unterstützt werden. Denn sowohl in den bisherigen gemeinsamen Ausspracheabenden der Baden-Badener Jugend, als auch bei der ersten Beratung der neugeschaffenen Jugendgremien trat das brennende Interesse an allen kulturellen Fragen deutlich hervor. Durch das Jugendgremium hat der Kulturrat die beste Gelegenheit der unmittelbaren Fühlung mit allen hiesigen Jugendorganisationen. Dort kann er bei einem vorbereitenden Ausspracheabend mühelos erfahren, für welche Stoffe und Themen unsere Jugend besonders empfänglich ist und welche Zweige des kulturellen Lebens sie gerne zuerst zur Debatte gestellt wünscht. Wenn der Kulturrat auf die aus der Jugend kommenden Anregungen eingehen wird, darf er auch einer großen Beteiligung der jungen Menschen an den vorgesehenen Ausspracheabenden gewiß sein.

Loose Lebensmittelkartenmärkchen

Wie leicht eine organisierende Behörde unter dem verbitternden Druck der Not in einen falschen und

Worüber sich die Baden-Badener unterhalten

recht bösen Verdacht kommen kann, bewiesen kürzlich mal wieder „Schlangen“-Gespräche in den Fisch- und Butterläden. Da gab es eine Reihe Hausfrauen, die für den Fisch- und auch den Butterbezug das auferufene Märkchen auf den alten Lebensmittelkarten nicht mehr hatten. In ihrer bittern, täglichen Sorge um die Ernährung ihrer Familien fingen diese Frauen natürlich an, weidlich zu schimpfen, als sie wegen des verlorenen Bezugsrechtes ohne Fisch und ohne Butter die Läden verlassen mußten. Dabei wurde behauptet, „die“ vom Ernährungsamt würden mit Absicht auf den alten Karten solche Markennummern aufrufen, von denen „sie“ annehmen würden, daß viele Leute sie nicht mehr hätten. Man könne sich schon denken, daß da „irgend ein Profit“ dahinter stecke. — Wir haben uns von den armen Frauen und anderen, glücklichen Besitzerinnen die betreffenden Lebensmittelkarten und Märkchen zeigen lassen. Ohne einer — hiermit erbotenen — Erklärung des für Anordnungen aufgeschlossenen Leiters des Ernährungsamtes vorgreifen zu wollen, dürfen wir sagen, daß uns diese Lebensmittelkartenbesichtigung ein bißchen wunder genommen hat. Es war wirklich fast eine „Glücksache“, das Märkchen Nummer 7 auf der Februarkarte bis in die ersten Apriltage erhalten zu haben, an denen es die betreffende Fisch-Fuhrar wurden die Nummern rund um diese 7 gebraucht und in den Geschäften abgeschrieben, so daß dieses winzige Siebenermärkchen meistens lose übrig blieb und, in die zusammengefaltete Karte gesteckt, aufbewahrt werden mußte. Ganz ähnlich war es mit dem Märkchen der Märzkarte, dessen Nummer kürzlich erst zum Butterbezug (gleichzeitig mit der Olausgabe) auferufen wurde. — und wenn man sich die alten Karten besah, fand man auf ihnen noch so viele „feststehende“ Märkchen, auf die es leider nichts gegeben hatte, daß man wirklich nicht so ohne weiteres begreifen kann, warum es bei den nachträglichen Aufrufen

ausgerechnet so ausgefallene Märkchen sein mußten. — Man soll heute inmitten des Alltagskampfes unserer Hausfrauen und Mütter auch mit ungewöhnlicher Hast, ernährungsbedingten Schwächen und Vergesslichkeiten rechnen. Da scheint es uns durchaus begrifflich, daß manche bedauernswerte Frau ohne Fisch, sogar ohne Butter blieb, weil ihr in der langen Zwischenzeit diese lose herumfliegenden Märkchen abhanden gekommen waren. Unsere Hausfrauen sind gespannt darauf, was das Ernährungsamt dazu meint.

Die Brennholz-Zuteilung beginnt

Wie aus der Bekanntmachung in der Mittwochszeit hervorging, beginnt das städtische Forstamt jetzt bereits wieder mit der Annahme von Anträgen zum Selbstschlagen des Brennholzes für den kommenden Winter. Es ist gut, daß schon so früh im Jahr begonnen wird, damit möglichst alle Familien ihren Winterbedarf bis zum Spätherbst ins Trockene bringen können. — Damit tritt aber eine ganz dringende Frage in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, die von allen maßgeblichen Stellen beraten und irgendwie befriedigend gelöst werden muß. Jede Familie hat schon Last und Sorge genug damit, das Holz im Walde weit hinten bis fast zur Badener Höhe hinauf, zu schlagen oder schlagen zu lassen und an einen befahrbaren Weg zu schleppen. Dann aber beginnt für die meisten „glücklichen Holzbesitzer“ erst der „Großkampf“, der im Vorjahr zu grotesken Auswüchsen geführt hat. Wer führt das Holz aus dem Walde ab und schafft es den Besitzern nach Hause? Eine an sich dankenswerte Einrichtung des Kreisstraßenverkehrsleiters: Aufstellung einer Anmelde-Liste für Holzfuhrer aus dem Walde — konnte nicht klappen, weil sie erstens viel zu spät im Jahr getroffen wurde, zweitens in eine Zeit schwerster Sorgen um die Lebensmittelzufuhr fiel, und drittens für die Fahrbereitschaft gar keine Möglichkeit bestand, die unter Motorschäden und Rennot leidenden Lastkraftwagenbesitzer zu zwingen, Holztransporte zu machen, bei denen das ganze Fahrzeug und damit ihre Existenz gefährdet würde. — Die Folge war, daß die verzweifelten Holzbesitzer die wenigen noch in Frage kommenden LKW-Unternehmer und die Fuhrwerksbesitzer überließen und ihnen in ihrer Not die tollsten Angebote machten, denen nicht immer widerstanden wurde. Viele aber, vor allem die armen Teufel, die nichts zu „bieten“ hatten, konnten im Winter frieren ihr durch Diebstahl immer mehr zusammenschumpfendes Sterbuhlein im Walde besuchen und sich bei dessen Anblick „erwärmen“.

Weite Kreise der Bevölkerung bitten deshalb die zuständigen Stellen und Behörden, in diesem Sommer eine das gesamte Transport- und Fuhrwerkumfassende gerechte und allen gerecht werdende Regelung der Brennholzzufuhr aus dem Walde anzustreben.

Oesteliche Feierstunde

Im Landesbad fand dieser Tage eine besinnliche Feierstunde statt. Sie wurde im Krankenzimmer der heimischen Dichterin Inge Karsten abgehalten, die indessen wieder soweit von sehr schwerer Krankheit genesen ist, daß sie zu wirksamer Nachbehandlung ins Landesbad überführt werden konnte. Schwestern und Mitpatienten hatten sich im Zimmer Inge Karstens versammelt, um Elisabeth Vrohne-Dischinger, der unserer Stadt entstammenden Schauspielerinnen und Vortragenden, zu lauschen, die Gedichte aus Inge Karstens bekanntem Osterzyklus und aus der jetzigen Zeit ihrer Krankheit sprach. Die mit großer Innigkeit vorgetragenen Schöpfungen der geistig unvermindert jugendfrischen Dichterin wurden von den Zuhörern dankbar aufgenommen. Mit feinem Gehalt dieser Stunde abgestimmten Improvisationen auf der Bratsche versüßte Paul Grund diese östliche Feier im Landesbad, die allen Beteiligten festliche Freude bereitet hat.

Aus dem Gerichtssaal

Zwei Fälle von Amtsunterschlagung

Wenn eine Postangestellte gar zu großen Appetit nach leckeren Sachen wie Schokolade, Bohnenkaffee, Tee und anderen Dingen hat, ist gulter Rat in den meisten Fällen recht teuer. Gar zu kostbar wird die Angelegenheit aber dann, wenn ausgelieferte Lebensmittelmarken und Kriegsgefangenen sendungen zur Stillung der Gelüste dienen müssen. Das erfuhr auch die 23jährige L. St. aus Gernsbach, welche auf dem dortigen Postamt seit 1943 tätig war. Etwas verworrene häusliche Verhältnisse und bei Kriegsende der Umgang mit einer frugwürdigen Umgebung trugen sicherlich ihren Teil zu dem moralischen Sturz der vorher zu keiner Klage Anlaß gebenden St. bei. Immerhin dauerte es eine recht geraume Weile, bis man auf ihr charakterloses Tun aufmerksam wurde und sie durch 5 Päckchen überführen konnte, die sich in ihrer Handtasche befanden. Allein 13 solcher Fälle von Unterschlagung konnte der Vorsitzende der Strafkammer, Landgerichtsdirektor S. tritt, der Angeklagten vorhalten. Mildernde Umstände konnten bei der Strafzuteilung nicht gefunden werden, da die Angeklagte ohne Not und fast ausschließlich aus egoistischen und gewinnstüchtigen Zwecken gehandelt hat. Ein Jahr Gefängnis abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft schienen deshalb als gerechte Sühne und zugleich als Warnung für jene, die in ähnlicher Situation nicht einen festen inneren Halt besitzen.

Im zweiten Fall der Donnerstag-Sitzung saß die 23jährige R. F. mit ihrer Mutter A. B. auf der Anklagebank und hatte sich wegen unberechtigter Entnahme von Lebensmittelmarken zu verantworten. Als Angeklagte des Ernährungsamtes benutzte sie ihre Tätigkeit bei der dortigen Meldestelle dazu, bei Zu- und Abgängen anfallende Marken oder Abschnitte nicht wie vorgeschrieben nach der Abrechnung unter Verschluss zu geben, sondern hin und wieder mit nach Hause zu nehmen. Ihre Mutter, der sie über die Herkunft der Marken eine falsche Auskunft gab, kaufte dann die entsprechenden Lebensmittel — Teigwaren, Zucker, Brot und Seife — ein. Als eines Tages auf Grund der Gerüchte, daß „etwas nicht stimmen würde“ vom Leiter des Ernährungsamtes schärfere Kontrollmaßnahmen angeordnet wurden, stellte die Angeklagte F. ihre „Zusatzversorgung“, die sich über einen nachträglich nicht mehr kontrollierbaren Zeitraum erstreckte, von selbst ein.

Die Angeklagte war ohne Zweifel ein Opfer der Zeit und in der Sorge um das Wohlergehen ihrer Familienangehörigen straffällig geworden. Ihrer Mutter muß aber diesen in jüngerer Vergangenheit allerorts vorkommenden Fällen entgegengehalten werden, daß sie umso verantwortlicher sind, je schwieriger sich die äußeren Lebensbedingungen gestalten. Denn letzten Endes werden unberechtigt bezogene Lebensmittel nicht dem Ernährungsamt, sondern der Allgemeinheit — und das ist in diesem Fall die darben Bevölkerung — entzogen. 9 Monate Gefängnis für die Angeklagte F. hielt das Gericht für ausreichend, eine Geldstrafe von 100 Mark dult durch die erlittene Untersuchungshaft als verübt. Frau B. die zuerst unter dem Verdacht der Diebsteherei stand, wurde mit 1000 Mark Geldstrafe belegt. (3)

Nachklänge zum Städt. Voranschlag 1947

Ein mit offenen Augen durch die vergangenen zwölf Jahre gegangener B.-Badener Bürger hat im Zusammenhang mit dem in unserer Nr. 24 veröffentlichten Städt. Haushaltsbericht von Kämmerer-Direktor Heinrich jene Zeiten so geschickt, wie sie sich ihm, von seinem Gesichtspunkt aus betrachtet, darboten. Sicherlich wird mancher Leser ähnlicher Ansicht sein und eine Bestätigung seiner Beobachtungen in den Jahren 1932—39 darin finden. Denjenigen Mitbürger und Mitbürgerinnen, welche sich für die Kommunalwirtschaft unserer Stadt interessieren, kann nur empfohlen werden, den im „Badener Tagblatt“ veröffentlichten Bericht des Kämmerer-Direktors Heinrich eingehend zu studieren und aufzubewahren. Durch diesen Bericht ist die Investierungs- und Finanzpolitik der 12 Jahre lang verlästerten „Systemparteien“ (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten) glänzend gerechtfertigt. Gerechtfertigt ist, aber auch ganz besonders die Politik des damaligen Oberbürgermeisters Fieser, der sich in den vielen Jahren seiner Tätigkeit auf dem B.-Badener Rathaus als Kommunalpolitiker von Format erwies hat.

Der glückliche Umstand, daß unsere Stadt aus diesem furchtbaren Kriege äußerlich fast unverändert hervorgegangen ist, steigert den Wert der in den Jahren von 1924—1933 ausgegebenen Gelder für den Wohnungsbau (81 Mill. RM) noch ganz bedeutend. Auch die für die Stadtwerke zum Ausbau aufgewendeten 47 Mill. RM stellen eine Substanz dar, von der man in den 12 Jahren „Drittes Reich“ gehöhrt hat. Der nach dem Abgang des Oberbürgermeisters Fieser an die Spitze der Stadtverwaltung getretene Oberbürgermeister Elnor entwickelte sich immer mehr zu einem Sozialreaktionär, der alles tat, was die Nationalsozialisten wollten. Sein erstes Werk war die Verschacherung der Städtischen Werke an das Badenwerk, nur Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten seinerzeit dagegen. Der ab 1930 tätige Bürgermeister Dr. Potyka war ein Zentrumsmann, er spielte jedoch nur eine ganz untergeordnete Rolle, er war sozusagen weder Fisch noch Fleisch und wurde 1933 abgehalftert. Zur Spielbank sei bemerkt, daß diese Einrichtung von Anfang an ihr Personal, Croupiers usw., zu 90 vH aus SA, SS und NSDAP-Mitgliedern zusammensetzte. Die Folge war, daß dort die Betrug- und Bestechungskandale kein Ende nahmen. Die 1934 noch vorhandenen Arbeitslose wurden, soweit sie nicht P.g. waren, hafenweise zur Arbeitsaufnahme an der Reichsautobahn gepreßt. Meliorationsarbeiten und die immer stärker einsetzende Rüstungsindustrie saugten weitere Arbeitskräfte auf, die Scheinkonjunktur hatte voll eingesetzt, die Kriegsvorbereitungen waren auf allen Sektoren in vollem Gange. Nun zu den „Leistungen“ jener Leute, die sich

auch „Sozialisten“ nannten, die Herren Bürkle Schwedhelm mit Ratsberren. Für Erneuerung und Verbesserung der Stadtwerke wurde nichts getan, für den weiteren Ausbau der Schulen ebenfalls nichts, beim Straßenbau wurde nur ein Stück der Beuernerstraße verbessert, der „Clintz“ der sozialen Leistungen aber ist der Bau der Volkshäuser im Barackenstil in der Schubach und in der Beuernerstraße. Das ist alles an Taten aus einer Zeit, als durch die Schein- und Kriegskonjunktur Geldmittel in Hülle und Fülle zur Verfügung standen. Was aber in den Jahren 1918—1930 an tatsächlichen sozialen Einrichtungen geschaffen wurde, hat man vernichtet. Wir hatten eine erstklassig eingerichtete Volksküche (Städtische Zentralküche). Die Errichtung und der Ausbau derselben war das Werk von Altstadtrat Emil Eder. 1936 wurde die Volksküche ohne nähere Angabe von Gründen geschlossen. Erst die Besatzungsmacht hat diese Einrichtung für ihre Zwecke wieder in Betrieb genommen und es sei hier die Bitte ausgesprochen, diese gerade für die Arbeitnehmerkreise so wichtige Einrichtung alsbald wieder für die Stadtverwaltung zurückzugeben.

Aus den für kinderreiche Familien in der Gutenbergstraße während der „Systemzeit“ erbauten städt. Wohnungen wurden im Jahr 1935 diese Familien entfernt, weil damals auf dem Rathause die Ansicht herrschte, diese Wohnungen seien zu schade für kinderreiche Arbeiterfamilien. Der im Palais Hamilton jahrelang bestandene kleine Lesesaal, der im Winter auch als Wärmerraum diente, (nicht zu verwechseln mit dem im gleichen Gebäude vorhanden gewesenen Lesesaal der Kurdirektion) wurde 1939 sang- und klanglos geschlossen. Das Schlußstück der Jahre 1933—1945 war die Vernichtung des Kindersonnengartens auf dem Harberg. Auf Befehl von Bü-Bü-Ba-Ba (Abkürzung für Bürgermeister Bürkle B.-Baden) wurden dort die Hallen und Bauten ab 1943 teils ganz entfernt, teils derart zerstört, daß nur noch Ruinen übrig geblieben sind als trauriges Wahrzeichen für den Sozialismus!!! Die Wiedererrichtung dieser Tageserholungsstätte unserer Kinder muß von einer sozialdemokratischen Stadtverwaltung und einem verantwortungsbewußten Stadtrat unter allen Umständen ernsthaft erwogen werden.

Mag sein, daß manche Leser dieser Zeilen der Ansicht sind, ein Teil dieser Ausführungen hat mit dem Bericht des Kämmerer-Direktors Heinrich nichts zu tun, das scheint aber nur so. Dort das ausführliche Zahlenmaterial und hier die beim Anhören und Lesen des Berichtes aufgetauchten Gedanken und Erinnerungen von Einwohnern, welche sich seit 30 Jahren mit der Kommunalpolitik unserer Stadt beschäftigen.

Hardbergstr. 26; Werner Johann Josef Mittel B.-Baden, Frühlingstr. 2; Michael Teumer, Friedrichshafen, Schmiedestr. 26; Friedrich Baumann (61 J.), Hügelheim, Hauptstr. 203; Katharina Peter geb. Lang (81 J.), B.-Baden, Rheinstr. 4; Eugen Hörth (gestorben), (32 J.), Gernsbacherstr. 12; Herbert Franz Karl Reinhold (gestorben), (44 J.), B.-Baden-Gernsbacherstr. 26; Karl Bieringer (62 J.), B.-Baden, Gernsbacherstr. 59; Heinz Walter Hoffmann, B.-Baden, Hauptstr. 54; Anna Schneider geb. Kunz (81 J.), B.-Baden, Geroldsaunerstr. 7; Franz Degler, (81 J.), B.-Baden, Staufenbergstr. 14.

Polizeibericht

Schutzpolizei: Vorgeführt wurden: 2 Personen zu ihren Arbeitsstellen, 1 Person zu der Untersuchungstation in der Eisenbahnstraße, 1 Person dem staatlichen Gesundheitsamt zur ärztlichen Untersuchung. Festgenommen wurden: 1 Person wegen Verdachts des Diebstahls, 2 Personen wegen Auf- und Abspringens bei fahrenden Straßenbahnen, Befahrens von Einbahnstraßen in verbotener Richtung, Radfahrens bei Dunkelheit ohne Licht, Radfahrens auf Gehwegen, 2 Personen wegen Radfahrens ohne Nummernschild, bzw. Fahrrad-Laissez-passer, 1 Person wegen Fußballspielens auf der Straße, 3 Personen wegen Ruhestörung, 10 Jugendliche wegen Herumtreibens bei Nachtzeit, 2 Personen wegen Unterlassung der Straßenreinigung. Anzeigt wurden: a) polizeilich 6 Jugendliche wegen Besuchs eines für Jugendliche unter 16 Jahren verbotenen Films, 1 Person weil sie ihre unter 16 Jahre alte Tochter in eine für Jugendliche unter 16 Jahren verbotene Lichtspielvorführung mitgenommen hat, b) gerichtlich 1 Person wegen fahrlässiger Brandstiftung, 1 Anzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls.

Kriminalpolizei: Festgenommen wurden: 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen falscher Namenszulassung. Anzeigt wurden: 2 Personen wegen Betrugs, 3 Personen wegen Diebstahls, Ferner gingen 5 Anzeigen wegen Diebstahls ein.

Gewerbepolizei: Anzeigt wurden: 1 Geschäftsinhaber wegen Preisüberschreitung beim Verkauf von Haushaltsartikeln, 1 Geschäftsinhaber wegen Preisüberschreitung für Eintrittskarten bei Veranstaltungen, 1 Geschäftsinhaber wegen Verstoß gegen die Preisnachweispflicht, 2 Geschäftsinhaber wegen Verstoß gegen die Preisausweispflicht, 6 Geschäftsinhaber wegen Verstoß gegen die Ladenschließenszeiten.

Verkehrsbereitschaft: Am 25. 3. 1947 stießen in der Kaiser-Allee zwei Kraftfahrzeuge zusammen, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Standesamtliche Nachrichten

Heiraten: Erich Steinmaier und Johanna Hammerschmidt, Mähringen, Grabenstr. 163; Erwin Merz und Luise Throm, Baden-Baden, Amuttstr. 20; Franz Müller und Barbara Elsäßer, geb. Pfleger, Baden-Baden, Amuttstr. 9; Alfred Rees und Paula Jäger, Baden-Baden, Rettigstr. 18; Yahia Sayah und Paula Anna Lörcher, Baden-Oos, Luisenstraße 5; Herbert Dittbrandt und Martha Hornberger, Chemnitz-Reichenhain, Jägerschloßchenstr. Geburten: Günter Maushard, Theo Maushard, Baden-Oos, Hauptstr. 33; Michael Thalbaum, B.-Baden, Hornhaldergasse 7; Jürgen Sinner, Baden-Baden, Weinbergstr. 40a; Wilma Schauler, Baden-Baden, Metzgerstr. 9; Rosalinde Eckerle Weitemung Ortsr. 80; Claudine Maler, B.-Baden, Lichtentalerstraße 103; Maria Peter, Sandweier, Pfarrstraße 200; Heide Dörner, B.-Baden, Gernsbacherstr. 40; Karl Heick, B.-Baden, Rettigstr. 18; Werner Meier, Varnhalt, Haus 148; Hans Walter, B.-Baden, Sinzheimerstraße 14; Renate Schäfer, B.-Baden, Siedlungsstr. 10; Werner Mittel, B.-Baden, Frühlingstr. 2; Irmaud Haier, B.-Baden, Weinbergstr. 3; Christine Sattler, B.-Baden, Bertholdstr. 6; Christa Langenbacher, Bühlertal, Ob. Habergstr. 2; Ruth Ludwig, Neuweiler, Ortsstr. 28; Hans-Jürgen Hugenschmidt, B.-Baden, Langenstr. 20.

Sterbefälle: Martha Hagel geb. Anselm (86 Jahre), B.-Baden, Balg, Friedhofstr. 149; Albert Merz (81 J.), B.-Baden, Annabergerstr. 2; Mathilde Braunagel geb. Himmel, (78 J.), Kaiser Wilhelmstr. 20; Karoline Rees (77 J.), B.-Baden, Annabergerstr. 2; Bruno Max Otto Hartmann (62 J.), B.-Baden, Lichtentalerstr. 21; Frieda Gaiser geb. Kunzweiler (76 J.), B.-Baden, Friedhofstr. 6; Maria Magdalena Reigenscheidt geb. Strack (52 J.), B.-Baden, Langenstr. 39; Theodor Merkel (65 J.), B.-Baden, Lichtentalerstraße 103; Charlotte Behrendt geb. Rosenfeld-Pellisz (67 J.), B.-Baden, Kapuzinerstr. 7; Elis Katharina Karoline Marggraff (83 J.), B.-Baden, Maximilianstr. 44; Albert Wilhelm Friedrich Koetzl (87 J.), B.-Baden, Küferstr. 8; Josefine Herber geb. Weiland (79 J.), B.-Baden, Stephanenstr. 9; Walter Alfred Mittel (25 J.), B.-Baden, Annabergerstraße 1; Bernhard Karl Steinhilber (gestorben) (32 J.), B.-Baden, Gernsbacherstr. 70; Josef Rettig (61 J.), B.-Baden, Rotackerstr. 23; Anna Josephine Mittel geb. Dau (75 J.), B.-Baden, Stephanenstr. 54; Katharina Margarethe Götz geb. Stahlmann (87 J.), B.-Baden,

Oster-Roulette

Wahrhaftig eine Roulette, bei der sich der Einsatz lohnt! Die glitzernde Kugel heiterster Osterlaune rollte durch das Varieteprogramm im großen Bühnensaal des Kurhauses und fiel ausschließlich auf Nummern, die das Publikum mit freudig gegebenem Beifall aufnahm.

Die Mörder sind unter uns

aufgeführt im Großen Bühnensaal des Kurhauses Das vom Krieg zerschlagene und in eine riesige Steinwüste verwandelte Berlin nach der Kapitulation bildet die Kulisse dieses ersten deutschen Nachkriegsfilms der DEFA.

lition bildet die Kulisse dieses ersten deutschen Nachkriegsfilms der DEFA. Genau so trostlos wie diese Mondkraterlandschaft ist das innere Gesicht der Menschen, bei denen das Erlebnis „Krieg“ tiefe Kerben hinterließ.

Ohne Zweifel ist dieser Film eine Meisterleistung der Regie und der Darsteller in Anbetracht der gewaltigen Schwierigkeiten, die teils in der Problemstellung, andererseits in den technischen Fragen liegen.

noch genug nah, um mit den auf der Leinwand gezeigten Bildern in Anlehnung gebracht zu werden. Aus dieser Perspektive betrachtet ist dieser Film etwas völlig Neues, ein Versuch, aus der hinter uns liegenden Zeit eine Lehre und Erkenntnis zu ziehen.

Der Fußballsport am Sonntag

Zonenliga Süd
Offenburg - Friedrichshafen
Rastatt - Reutlingen
Biberach - Freiburg
Schwenningen - Konstanz

Veranstaltungen in Baden-Baden

Bäder- und Kurverwaltung Baden-Baden

Sonntag, 12. April 1947
„Ingeborg“ Komödie in 3 Akten von Curt Goetz. Kleines Theater (15-17 Uhr; 1-8 RM).

Veranstaltung des Jugendbildungswerkes Kammerkonzert mit Alter Musik und Neuer Dichtung. Ausführend: Jugendmusikkreis Baden-Baden.

Film-Palast

Täglich, außer Sonntags und Donnerstags, 15.30 und 17.30 Uhr
Bis einschl. Donnerstag: Marika Röck - Wolf Albrecht-Redy DER TANZ MIT DEM KAISER

Kino des Weslens

Anfangszeit 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr
GEEN HAB ICH DIE FRAUEN GEKÜSST. Nach der Operette „Paganini“ von Franz Lehár.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Verbraucher!
Achten Sie bitte auf die rechtzeitige Abgabe der Vorbestellabschnitte für Butter, Käse und Kolonialwaren.

Die Stadtkasse wird ihre Zahlstellen in den Außenstadtteilen am 14. April 1947 wieder eröffnen: im Stadtteil Lichtental und Oos jeden Montag von 9 1/2 bis 12 Uhr.

Betz: Hausbrandversorgung
Es wird darauf hingewiesen, daß die bei der Antragstellung auf Selbstschlag von Holz anzugebenden Vorräte aus 1946, soweit sie auf rechtmäßige Art erworben wurden, auf das Bezugsjahr 1947 nicht angerechnet werden.

Die Bezugskarten für Hausbrand 1946 behalten auch für 1947 ihre Gültigkeit und sind sorgfältig aufzubewahren.

Dem Bezugsberechtigten gehen nach Antragstellung wieder Schlagschein durch das Forstamt zu. Die darauf vermerkte Einschlagsfrist ist einzuhalten, um eine reibungslose Abwicklung des Selbstschlages zu gewährleisten.

Alle nach der Bekanntmachung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Baden, Freiburg über die Einführung einer Meldepflicht vom 3. 8. 1945 (Amtsblatt Nr. 11 der Bad. Landesverwaltung) meldepflichtigen Personen, die sich bisher beim Arbeitsamt nicht gemeldet haben, sind zur Meldepflicht verpflichtet.

Das Schulamt
Alle nach der Bekanntmachung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Baden, Freiburg über die Einführung einer Meldepflicht vom 3. 8. 1945 (Amtsblatt Nr. 11 der Bad. Landesverwaltung) meldepflichtigen Personen, die sich bisher beim Arbeitsamt nicht gemeldet haben, sind zur Meldepflicht verpflichtet.

Handelsregister, Abteilung B - Band 4 - Nr. 48: Firma Emil Grethel u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Baden-Baden.

Wir haben uns verlobt
ASTRID HAGMANN
EMIL RITZINGER
Dipl. Ing.
Baden-Baden Ostern 1947

„BUCHARA“
ORIENT - TEPPICH
KUNST- u. FACH- u. WASCHE-REI
Reparaturen aller Art
Wilhelmsrasse 4 - Ecke Langenstrasse 35
Inhaber: KALOUST GOEKDERELIAN

Berlitz - Sprachschule
Spanisch-Russisch
ZIRKEL- u. EINZELUNTERRICHT
Anmeldungen im Sekretariat:
Langenstrasse 47 (Bad. Hof/Telefon 1569)

Für erwiesene Anteilnahme danken
Karl Schaeffer u. Frau, Fremersbergstr. 62. S 3766
Franz Gaiser, Schlossermeister u. Angehörige, Baden-Baden, Friedhofstr. 8. S 3790

Dr. med. Otto Schütz
FACHARZT FÜR ORTHOPÄDIE
hat seine Praxis wieder aufgenommen
Sprechzeit: Montag, Mittwoch, Freitag 4-6 nachmittags
Ludwig-Wilhelmplatz 7, Tel. 1666

Dr. med. Max Koch
Zu allen Kassen zurückerlassen
BETELIGUNGEN
Kfm. Geschäftsführer, pol. Flichtling, perfekt englisch, franz., italienisch, 26 Jahre im Ausland sucht Beteiligung in Handel, Industrie oder Hotel-Angebote an Theo Fichter, MENTONA (A. M.) France. 3682

Felle aller Art kauft zu höchsten Preisen Pelz-Gesell, Baden-Baden, Luisenstrasse 14. S 2449
Wer hat Interesse an seinem Grundstück zum Selbstkostenpreis an Erziehung eines 1 bzw. 2stöckigen Musterhauses in moderner Massivbauart in oder Nähe Baden-Baden? Je 3 Zimmer und Küche-WC und Bad, vollständiger Keller-ausbau. Stellung von Handwerker, sofortiger Arbeitsbeginn Dauer 2 Monate Angeb. u. S 3789 an d. BT.

lage ihrer Personalpläne zu melden. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Unterlassung der Meldung durch das Gouvernement Militaire in Baden-Baden mit strenger B-Strafung geahndet wird. Baden-Baden, den 12. April 1947. S 3835
Arbeitsamt Baden-Baden.

Neu-Instragung:
Handelsregister, Abteilung B - Band 4 - Nr. 48: Firma Emil Grethel u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Baden-Baden.

Anton Zeldler, Obergeorg, geb. 14. 11. 1925 zu Ober-Roden, Kreis Marlenbad (Sudeten) Letzter Wohnort: Bad Königswart Marlenbad. Er wurde am 18. 4. 1945 ins Lager Pouxoux Vogesen (franz. Kriegsgef.) versetzt. Wer kann Auskunft geben, wohin er von dort kam? Nachr. erb. Anton Eckert, (16) Annerod Hs. Gießen, Eisenstr. 8. 3750

Soldat Hans Schreier aus Metz, FPNr 26 462, vermißt seit 20. 1. 44 bei Leseps nördl. Kalinkowicki od. über den S-Mittelsunteroffizier Klumpsel selbst dem gleichen Tage vermißt. Auskunft erbet. an Regina Schreier, jetzt Trier-Kürenz Brunnenstr. 6.

Heeres-Unteroffizier-Schule Kostin. Ich suche Feldw. Schaaflhausen aus der hiesigen Gegend, der meinen Sohn Herbert von der 4. Komp. gekannt hat. Auch andere Angehörige der 7-Schule, oder wer von solchen nach dem Einsatz im Jan. 45 etwas weiß, werden um Adressenangaben gebeten. Wilhelm Ziegler, Andernach a. Rh., Unterbusch Nr. 10, Eke Poststraße. 3857

Obergrenadier Ferdinand Herzog aus Häsingen (Elsaß) FPNr. 9854 C: War in einem württembergisch-badischen Grenadier-Regiment. Soll am 21. September bei Gut Furna, Raum Walk (Letztland) gefallen sein. Um nähere Auskunft bittet Frä. Lucie Groell, Baden-Baden, Herohenbachstraße 15. 8616

Wer fand schwarzen Kasak, Schloßstraßengegend, Ostermontag, Sturm aus dem Fenster geflogen. Abzugeben geg. Belohnung Schloßstraße 11, bei Frau Holz. 8 3797

köpfen vermochte. Kaiserslauterns leichte Überlegenheit im Felde brachte nichts Zählbares, da sich Mittel öfters durch famose Paraden im Badener Tor auszeichnete.

Nach dem Wechsel spielte der Sport-Club unter seiner sonstigen Form, kam aber durch Ihle ganz unerwartet doch zum zweiten Treffer. Ein Fehler der Gastmannschaft erleichterte den Platzherren das erste Gegentor und wenig später zog Kaiserslautern gleich, als eine ungenaue Ballrückgabe Ihle blitzschnell eine Chance bot.

Das an Dramatik reiche Spiel brachte den Gastgebern bereits in der siebten Minute im Anschluß an einen Eckball den ersten Erfolg, den die allerdings wenig später in kraftvollem Einsatz egalisierten. Mehrmals waren Hepp, Pfeifer und auch Weißhaupt vom Pech verfolgt, ehe die Platzherren aus gut ersichtlicher Absetzstellung erneut in Führung gingen.

Kriegsgef.-Elf Malschbach - Schwarzach 7:1
Kriegsgef.-Elf Malschbach - FV Lichtenau 7:1
Danke der französischen Lagerführung konnte die Kriegsgef.-Elf des Lagers Malschbach ihrer Einladungen über beide Ostersiege Folge leisten. So am Sonntag in Schwarzach und Montag in Lichtenau. Trotzdem die Lagermannschaft mit Ersatz angetreten war, konnte sie nach überlegenem Spiel an beiden Tagen ein 7:1-Sieg erringen. -Gro-

GOTTESDIENSTE

Evangelische Landeskirche. Sonntag, 13. April. Altstadt: 8.00 Christenlehre in der Stadtkirche, 9.30 Hauptgottesdienst in der Stadtkirche, Brandl, 10.45 Jugendgottesdienst im Gemeindehaus, 15.00 Bibelgemeinschaft im Gemeindehaus.

Christuskapelle (Missionskirche), Lichtentalerstr. 77a. 10 Uhr: Gottesdienst mit Predigt, Stadtmissionspfarrer Ippach. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Stiftskirche, Weißer Sonntag: 6. Frühmesse, 7 h. Messe und Monakommunion des Mittervereins. 8 h. Erstkommunionfeier (mit Prozession in die Kirche), Hochamt, Predigt und Erstkommunion der Kinder, 10. Singmesse mit Predigt, 11. Singmesse mit Predigt, 1. d. Klosterkirche z. Hl. Grab, nachh. 3 Corporis-Christi-Bruderschaftsamt mit feierlicher Aufnahme der Erstkommunikanten, abends 7 h. Singmesse, 8. Große Predigt, für Berthold Böhler, abends 8 h. Messe mit Predigt, f. Hugo Rau, 9 h. Schülermesse mit Ansprache, f. Franziska Kunz, 9 1/2 h. Messe mit Predigt, nach der Meinung der Pfarrangehörigen, abends 8 Predigt, Dienstag: 6 h. Messe mit Predigt, August Will, Dupps, 7 1/2 Schülermesse mit Ansprache, f. Franz Nesselhauf, 8 h. Messe mit Predigt, f. Anton Metzmaier, abends 8 Predigt, Mittwoch: 6 h. Messe mit Predigt, f. Hugo Rau, 7 1/2 Schülermesse mit Ansprache, f. Franziska Kunz, 8 h. Messe mit Predigt, nach der Meinung der Pfarrangehörigen, abends 8 Predigt, f. Franz Nesselhauf, 8 1/2 Schülermesse mit Ansprache, f. Anton Metzmaier, abends 8 Predigt, Freitag: 6 h. Messe mit Predigt, f. Wilhelm Kuhn, 7 1/2 Schülermesse mit Ansprache, Katharina Bock, 8 h. Messe mit Predigt, f. Helga Knußmann, abends 8 Predigt, Samstag: 6 h. Messe mit Predigt, f. Theodor Rimmelin, 7 1/2 Schülermesse mit Ansprache, f. Wilhelm Stroth, 8 h. Messe mit Predigt, f. Luise Metzmaier, abends 8 Predigt.

Lichtental, Weißer Sonntag 13. April: Gottesdienste um 6, 7, 9 1/2 und 11 Uhr. 9 1/2 ist der Hauptgottesdienst mit feierl. Erstkommunion der Kinder, Mittags 1/3 Corporis-Christi-Bruderschaft mit Aufnahme der Erstkommunikanten.

St. Bernhard, 7/7 u. 7 h. Messen, 8 Hochamt mit Erstkommunionfeier, 11 h. Messe, nachmittags 3 Corporis-Christi-Bruderschaftsamt mit Aufnahme in die Corporis-Christi-Bruderschaft, abends 7 1/2 Abendgebet der Erstkommunikanten.

Kloster vom Hl. Grab, Sonntag 1/8 Amt mit Predigt. Altkatholische Kirche, Gernsbacher Straße, Sonntag: 9 1/2 Uhr h. Amt mit Erstkommunionfeier der Kinder.

Christl.-Wissenschaftl. Verbindung, Christliche Science-Albrecht Dürerstraße 4, Sonntag, 10 Uhr, Gottesdienst

AN- und VERKAUFE
Von privater französischer Verwaltung für eigenen Gebrauch zu kaufen gesucht: Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Büro-Ordner, Offerten mit Beschreibung, Angabe des Zustandes und Preises zu richten unter 3817 an das BT.

TAUSCH-ANGEBOTE
Brennholz gegen junge Leghühner zu tauschen. Arnold Warm, Schönbrunnzsch, Kreis Freudenstadt, 1402

UNTERRICHT
Erielle stimmgebenden Herren und Damen (auch Anfänger) Gesangs-Unterricht, Überprüfung u. Stimmbildung v. Schauspielern und Sängern (innen), langjährige Erfahrung. Zuseher: Herrmann Hirschmann, Obern.-u. Konzertsänger (Schüler v. Prof. Senf u. a.), Fachkonservatorium. Z. Zt. Böhl Baden, Affentalerweg 14. SB 1397

VERSICHERUNGEN
Leipziger Verein-Barmenia, Stuttgart N. Königstr. 14, bietet fast stets 100-prozentigen Kostenersatz in allen Krankheitsfällen durch bewährte Haupt- und Zusatztarife Beiträge ab RM 3,- mit. Eine Anfrage bei Viktor Weber, Grünstadt Pfortmühlstraße 12, Franz. Zone.

STELLEN-ANGEBOTE
Einstellung von Arbeitskräften nur mit Zustimmung des zuständ. Arbeitsamtes. Zahntechniker und Zahntechnikern von zahntechn. Laboratorium gesucht. Hohes Gehalt und Unterkunft werden zugesichert. Bewerbungen erbeten unter B 254 an Anzeigen-Günter Mühl, 14b Freudenstadt. 3707

Kinderliche Sprechstundenhilfe (evtl. auch Schwester od. techn. Assistentin) möglichst für sofort gesucht. Kinderarzt Dr. Spranger, B-Baden, Sofienstr. 3. SB 3896

Evang. Stadtkirchenchor B-Baden-Chorprobe
Dienstag, 8. April 1947
im Gemeindehaus S 3735